

M I T T E I L U N G E N D E R R E D A K T I O N

Die Katholische Arbeiterbewegung hat uns in ihrem Weißbuch „Gewerkschaften im Zwielicht“ religiöse Intoleranz und parteipolitische Einseitigkeit vorgeworfen. Es heißt dort wörtlich: „Aber weit mehr als das wird uns heute geboten. In der Nr. 11 der ‚Gewerkschaftlichen Monatshefte‘ vom November 1951 erscheint ein Aufsatz von Kurt Fiebich ‚Zur westdeutschen Bevölkerungssituation‘. Nach einer rein materialistischen Behandlung des Themas Geburt und Leben, bei der Fiebich der Geburten-einschränkung das Wort redet, kommt der Verfasser zu folgender Schlußfolgerung: Es erhebt sich die Frage, . . .“ (siehe GM Heft 11/1951, Seite 612). Wir benutzen diese Gelegenheit, um noch einmal ausdrücklich zu betonen, was wir schon oft erklärt haben: Die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ sind ein Diskussionsorgan, in dem jeder, dem die Lösung der großen wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme der Gegenwart am Herzen liegt, frei und offen seine Meinung äußern kann. Wir werden von dieser Konzeption in keinem Falle abgehen. Daß es uns mit der Freiheit der Meinungsäußerung wirklich ernst ist, haben wir durch die Veröffentlichung zahlreicher Aufsätze christlicher Autoren zur Genüge bewiesen.

Im übrigen dürfen wir in diesem Zusammenhang auszugsweise aus einem Brief des Kollegen *Adolf Ludwig*, MdB, Pirmasens, zitieren: „Immer wieder wird der Versuch gemacht, Christentum und Sozialismus als Gegensätze hinstellen. Es ist aber doch unmöglich, eine Religion einer Wirtschafts- oder Gesellschaftsauffassung gegenüberzustellen. Im Lande Rheinland-Pfalz gibt es 98,5 vH. Christen und 1,5 vH. keiner Kirche angehörende Personen. Die Sozialdemokratie hat aber nicht 1,5 vH., sondern 38 vH. Stimmen. Die Sozialisten sind also zugleich auch Christen. In den Gewerkschaften sind sie mit dem entsprechenden Prozentsatz. Es ist also anzunehmen, daß auch im Bundesgebiet mindestens 98 vH. der Gewerkschaftsmitglieder einer der christlichen Bekenntnisse angehören. Jedes Mitglied hat die Freiheit, jeder Religionsgemeinschaft und jeder Partei anzugehören. Es wird auch kein Bekenntnis zu einer bestimmten Gesellschafts- oder Wirtschaftsform verlangt. Die freien Gewerkschaften hatten auch früher mehr Christen in ihren Reihen, als die christlichen Gewerkschaften Mitglieder zählten. Die Aufgaben beider waren ziemlich gleich, und in fast allen Berufen kam es zu Tarifgemeinschaften. Es ist deshalb natürlich erfreulich, daß sich alle zusammengefunden haben. Das paßt zwar einigen Unternehmern nicht. Aber es ist nicht einzusehen, wer sonst noch ein Interesse daran haben könnte, durch Schwächung der Gewerkschaften den Arbeitern, Angestellten und Beamten zu schaden.“

Paul Mühlbach (geb. 1914 in Engers/Rheinland) wurde nach Ablegung der Reifeprüfung im Jahre 1933 auf Grund seiner politischen Tätigkeit in der sozialistischen Arbeiterjugend nicht mehr zum Hochschulstudium zugelassen. Er war in der Folgezeit als Hilfsarbeiter und kaufmännischer Angestellter tätig. Von 1933 bis 1945 wurde er aus politischen Gründen mehrmals verhaftet. Im Jahre 1946 war er zunächst Dolmetscher, dann Parteisekretär der SPD. Schließlich wurde er Redakteur bei dem SPD-Organ „Die Freiheit“ in Mainz. Seit 1. April 1950 ist er Redakteur bei der „Welt der Arbeit“ und Leiter der Pressestelle des DGB-Landesbezirks Rheinland-Pfalz.

Prof. Dr. Herbert Schack (geb. 1893 in Eisenberg/Ostpreußen) promovierte 1920 zum Dr. phil., 1922 zum Dr. rer. pol., habilitierte sich 1924 an der Universität Königsberg und wurde 1926 als ordentlicher Professor der Volkswirtschaftslehre an die Handelshochschule Königsberg berufen. 1933 seines Amtes verlustig geworden, betätigte er sich im Bank- und Versicherungswesen sowie im Bildungswerk des CVJM. Von 1946 bis 1948 war er im Statistischen Zentralamt Berlin beschäftigt. Nach Gründung der Freien Universität Berlin erhielt er einen Lehrauftrag für Wirtschaftskunde und Wirtschaftsphilosophie.

Dr. Hans Hayn (geb. 1911 in Frankfurt/Main) ist seit dem Jahre 1936 als Arzt approbiert. 1938 Meß er sich als Kassenzahnarzt in Neu-Isenburg (Hessen) nieder. Seit 1948 ist er Vorsitzender des Landesverbandes Hessen der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Ärzte Deutschlands, seit 1951 deren zweiter Bundesvorsitzender. Gleichzeitig ist er Vorstandsmitglied des Bundes gewerkschaftlicher Ärzte und Mitglied des hessischen Landesgesundheitsrates.

Dr. Ernst Bornemann (geb. 1912 in Aachen) studierte von 1932 bis 1937 an der Universität Göttingen Psychologie, Pädagogik und Physiologie. Nach seiner Promotion war er dreieinhalb Jahre lang Mitarbeiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Arbeitspsychologie in Dortmund und dann Betriebspsychologe im Hoesch-Konzern in Dortmund. Seit 1947 ist er Dozent für praktische Psychologie an der Universität Münster.